

**BERLIN**

DR. HANS-GERT PÖTTERING  
MDEP  
VORSITZENDER DER KONRAD-  
ADENAUER-STIFTUNG  
PARLAMENTSPRÄSIDENT A.D.

## Religionsfreiheit als Menschenrecht

19. Mai 2010

[www.kas.de](http://www.kas.de)

*Es gilt das gesprochene Wort!*

Ich freue mich, Sie heute Abend in der Akademie der Konrad-Adenauer-Stiftung herzlich begrüßen zu dürfen. Ich danke Ihnen, dass Sie unserer Einladung gefolgt sind, um sich in nahezu pfingstlicher Stimmung einem Thema zu widmen, das ebenso komplex wie brisant ist: „Religionsfreiheit als Menschenrecht: Konsequenzen für das Verhältnis von Staat und Religion.“

Es ist mir eine besondere Freude und Ehre als Vorsitzender unserer Stiftung wie auch als ehemaliger Präsident des Europäischen Parlamentes den Großmufti der Syrisch-Arabischen Republik, Seine Exzellenz Scheich Dr. Ahmad Badr Al-Din Hassoun, als unseren heutigen Ehrengast und Hauptredner herzlich begrüßen zu dürfen. Exzellenz Scheich Dr. Hassoun, vielen Dank, dass Sie unsere Einladung nach Berlin zu kommen, angenommen haben. Wir freuen uns, dass Sie bei uns sind! Herzlich willkommen!

Lassen Sie mich vorausschicken, dass dies für mich nicht die erste Begegnung mit dem syrischen Großmufti ist. Bereits im Jahr 2008 hatte ich die Ehre und Freude, ihn in meiner Funktion als Präsident des Europäischen Parlamentes begrüßen zu dürfen. Exzellenz, Ihre Rede im Europäischen Parlament hat uns Abgeordnete damals tief beeindruckt. Sie haben damals an dem Ort, der für das friedliche Zusammenwachsen Europas von größter Bedeutung ist, über das friedliche Zusammenleben der Religionen gesprochen.

Diese Betonung des friedlichen Zusammenlebens und die von Ihnen damals ausgesprochene Absage an jede Form von gewaltsamer Durchsetzung religiöser Vorstel-

lungen, sowie an Terror und den Heiligen Krieg, ist elementar mit der Frage der Religionsfreiheit verknüpft, mit der wir uns heute befassen wollen.

Dass wir bereits eine Woche nach Versand der Einladungen schon 300 Anmeldungen für diese Veranstaltungen erhalten hatten, zeigt uns, dass wir mit unserem Gast und mit seinem Vortragsthema auf großes öffentliches Interesse stoßen.

Dieses Interesse ist sicherlich auch stark motiviert durch die Schlagzeilen der letzten Wochen, Monate und Jahre. Das Thema Religionsfreiheit und das Verhältnis von Religion und Staat ist in Deutschland heute so aktuell, wie seit zwanzig Jahren nicht mehr, seit die SED-Diktatur in der DDR überwunden worden ist, die auch die Kirchen vierzig Jahre lang unterdrückt hatte.

Der aktive und erfolgreiche gesellschaftliche und kirchliche Kampf gegen das menschenverachtende Regime in der DDR war ein Kampf um Menschenrechte und Religionsfreiheit. Er erinnert uns gerade heute, im 20. Jahr der Einheit Deutschlands, daran, welche politische Kraft das Eintreten für die Religionsfreiheit entfalten kann.

Das Jahr 1989 war aber nicht nur für die Christen in der DDR, sondern für alle religiösen Gemeinschaften – für Juden, Muslime und Christen gleichermaßen –, die seit der Oktoberrevolution von 1917 im kommunistischen Einflussbereich gedemütigt und entrechtet worden waren, ein großer Schritt in Richtung Religionsfreiheit.

Die heutigen Schlagzeilen jedoch sind von diesen positiven historischen Entwicklungen weitgehend losgelöst.

Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.

BERLIN

DR. HANS-GERT PÖTTERING

MDEP

VORSITZENDER DER KONRAD-

ADENAUER-STIFTUNG

PARLAMENTSPRÄSIDENT A.D.

19. Mai 2010

[www.kas.de](http://www.kas.de)

Beinahe täglich erreichen uns Meldungen aus dem Irak über neue Anschläge. Aufgrund der Gewalt herrscht dort vielerorts immer noch ein Klima der Angst. Besonders betroffen sind Minderheiten, auch die religiösen Minderheiten, wie die Christen – Tausende mussten in den letzten Jahren in die Nachbarländer fliehen.

Aufnahme fanden sie vor allem in Syrien, das seit 2003 rund zwei Millionen Menschen aus dem Irak aufgenommen hat und das mit Blick auf das Zusammenleben der verschiedenen Religionsgemeinschaften und Konfessionen ein positives Beispiel bietet.

Doch anders als den irakischen Sunniten und Schiiten, fehlt den irakischen Christen oftmals jede Hoffnung auf Rückkehr in ihre alte Heimat. Ihre Religionsfreiheit und ihr Recht auf Leben erscheinen ihnen dort dauerhaft ungesichert. Deutschland hat daher innerhalb der letzten zwölf Monate über 2.000 irakische Flüchtlinge aus Syrien aufgenommen – fast die Hälfte davon waren Christen.

Genau wie Syrien, so hofft auch Deutschland, dass sich die Lage im Irak bald wieder stabilisiert, dass Menschenrechte und Religionsfreiheit dort in einem Maße gewährleistet sind, dass Niemand, gleich welcher Religionszugehörigkeit, mehr daran gehindert ist, in seine Heimat zurück zu kehren.

Die Bundesrepublik Deutschland hat in den letzten sechzig Jahren nicht nur verfolgte Christen aufgenommen und sich für ihren Schutz weltweit eingesetzt. Das deutsche Asylrecht bietet allen religiös verfolgten Menschen Schutz vor Verfolgung in Deutschland. Auch viele Muslime haben Asyl in Deutschland gesucht, um ihren Glauben hier frei ausleben zu können, vielfach sogar freier, als in ihren muslimischen Heimatländern.

Wenn wir heute in Deutschland fast viereinhalb Millionen muslimische Mitbürger haben, dann liegt das nicht allein an der Arbeitsmigration aus der Türkei, aus Marokko, aus Bosnien oder dem Kosovo. Es liegt auch an der sehr starken Asylumigration der vergangenen Jahrzehnte. Der Schutz der Religions-

freiheit und der Schutz der Menschenrechte hat die Bundesrepublik Deutschland seit 1949 zur neuen Heimat von Menschen aus vielen Ländern werden lassen.

Viereinhalb Millionen Muslime bei 82 Millionen Einwohnern – das scheint erst einmal kein so großer Anteil zu sein. Doch die Einwanderung von Muslimen nach Deutschland konzentriert sich vor allem auf die urbanen Zentren und die Industriestädte der alten Bundesrepublik.

Im vergangenen Jahr wurde im Herzen des Ruhrgebietes, in der alten Stahlstadt Duisburg, die größte Moschee in Deutschland eröffnet. In Köln am Rhein entsteht zurzeit ebenfalls eine repräsentative große Moschee. Auch das Errichten von Gotteshäusern gehört zur grundgesetzlich garantierten Freiheit der Religionsausübung. 1970 gab es drei Moscheen in Deutschland, heute sind es rund 3.000. Diese Zahlen sprechen für sich.

Bei der Eröffnung der Duisburger Moschee waren nicht nur Prof. Ali Bardakoglu vom türkischen Amt für Religiöse Angelegenheiten, sowie die nordrhein-westfälische Landesregierung mit Ministerpräsident Jürgen Rüttgers und Integrationsminister Armin Laschet anwesend. Auch Vertreter der christlichen und jüdischen Gemeinden Duisburgs haben ihren muslimischen Mitbürgern aus ganzem Herzen zur Einweihung dieser wunderschönen neuen Moschee gratuliert.

Dieses friedliche Miteinander der Religionen ist Ausdruck unseres demokratischen Selbstbewusstseins und eines breiten gesellschaftlichen Konsenses.

Auch der in Deutschland noch recht junge Islam gehört dazu und die Muslime sind mehrheitlich inzwischen viel besser in unsere Gesellschaft integriert, als es uns manche negative Schlagzeile weismachen möchte. Der jahrzehntelang und mit viel Engagement geführte interreligiöse Dialog der Kirchen und anderer gesellschaftlicher Kräfte hat den Boden für dieses gedeihliche Miteinander bereitet.

**Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.**

**BERLIN**

DR. HANS-GERT PÖTTERING  
MDEP  
VORSITZENDER DER KONRAD-  
ADENAUER-STIFTUNG  
PARLAMENTSPRÄSIDENT A. D.

**19. Mai 2010**

[www.kas.de](http://www.kas.de)

Auch wir, die Konrad-Adenauer-Stiftung, fördern seit vielen Jahren in Deutschland, Europa und weltweit diesen interreligiösen Dialog. Wir wollen damit aktiv zur Verständigung und zu gelebter religiöser Vielfalt in Freiheit beitragen.

Die Politik der Bundesregierung knüpft hieran seit einigen Jahren aktiv an und unterstützt die Integration der Muslime durch Integrationsgipfel und die Deutsche Islamkonferenz, die jetzt bereits in die zweite Runde geht.

Und dass die Regierung des Landes Niedersachsen vor wenigen Wochen die türkischstämmige Muslima und überzeugte Christdemokratin Aygül Özkan zur ersten muslimischen Ministerin ernannt hat, ist Ausdruck eines demokratischen Selbstverständnisses, das nicht nach religiöser Herkunft unterscheidet, sondern allen Menschen, gleich welcher Religionszugehörigkeit, die gesellschaftliche und politische Teilhabe, bis in die höchsten staatlichen Ämter hinein, ermöglicht.

Heute soll es uns aber nicht darum gehen, Nabelschau zu betreiben. Wir wollen uns vielmehr aus muslimischer Sicht mit dem Thema „Religionsfreiheit als Menschenrecht: Konsequenzen für das Verhältnis von Staat und Religion“ befassen.

Lassen Sie mich Ihnen zunächst kurz unseren Ehrengast und Redner, Seine Exzellenz Scheich Dr. Ahmad Badr Al-Din Hassoun vorstellen, bevor ich Sie, Exzellenz, um Ihr Wort bitten darf.

Im Jahre 1369, oder nach unserer Zeitrechnung 1949, in Aleppo geboren, hat Seine Exzellenz Scheich Dr. Hassoun 1967 seinen Abschluss in religiösem Recht erworben. Im Anschluss machte er an der renommierten Al-Azhar-Universität in Kairo seinen BA und MA in Arabischer Literatur und Islamischen Studien. Die Doktorwürde erwarb er mit einer 4.500 Seiten langen Studie über ein Werk des in Gaza geborenen islamischen Rechtsgelehrten Imam Al-Shafi'i.

Seine Exzellenz Scheich Dr. Hassoun arbeitete als Lehrer und Professor an verschie-

denen Schulen und als Prediger an verschiedenen Moscheen in Aleppo. Von 1990 bis 1998 war er Mitglied im syrischen Parlament. Seit 2005 ist er syrischer Großmufti und Vorsitzender des Hohen Fatwa-Rates (Rechtsgutachten-Rates).

Aufgrund seines offenen Eintretens für einen nicht beliebigen, sondern offenen und konstruktiven Dialog der Religionen und Kulturen wird ihm eine weit über die Grenzen Syriens und der arabisch-muslimischen Welt hinaus reichende Wertschätzung und Achtung entgegengebracht.

Als mahnende und zugleich weise Stimme im oftmals lauten Gerede über den „Zusammenprall der Kulturen“ hält er Kurs und gibt Orientierung. Er ist damit für uns als Europäer wie Deutsche ein wichtiger Gesprächspartner. Dafür, Exzellenz, danken wir Ihnen, und wir freuen uns auf Ihre Worte.

Exzellenz, Scheich Dr. Hassoun, ich heiße Sie nochmals im Namen der Konrad-Adenauer-Stiftung ganz herzlich willkommen und möchte Sie bitten, nun zu uns zu sprechen!